

Sie stösst eine Sprachrevolution an

Pauline Pauli (PRR) ist ab Januar die höchste Nidauerin. Damit kommt es zu einer Premiere: Die Debatten des Stadtrats werden nächstes Jahr auf Französisch geleitet.

Julie Gaudio/mg

Das Jahr 2023 wird in die Annalen von Nidau eingehen. Zum ersten Mal überhaupt werden die Sitzungen des Stadtrats ab Januar auf Französisch geleitet. Die bisherige erste Vizepräsidentin Pauline Pauli (PRR) hat sich bereit erklärt, das Amt der Stadtratspräsidentin zu übernehmen. Aber nur unter der Bedingung, dass sie die Sitzungen in ihrer Muttersprache führen darf. Ihre Partei sowie die deutschsprachige Partnerin FDP unterstützen sie. «Ohne eine offiziell zweisprachige Gemeinde zu sein, ist die Zweisprachigkeit ein Teil von Nidau», sagt Pauli. «Dass jeder in seiner Sprache spricht, ist für mich die wahre Zweisprachigkeit.» Sie wurde einstimmig gewählt.

«Das hat Symbolcharakter»

Obwohl die Gemeinde Nidau offiziell deutschsprachig ist, sprechen von ihren 7000 Einwohnerinnen und Einwohnern rund 23 Prozent französisch. «Die Präsidentschaft von Pauline Pauli schlägt eine Bresche in den Röstigraben», sagt die Geschäftsführerin des Forums für die Zweisprachigkeit, Virginie Borel. «Sie hat Symbolcharakter.» Man habe zwar nicht extra auf diesen Moment gewartet, um die Gemeindeverwaltungen rund um Biel dazu zu ermutigen, ihre Dienstleistungen in beiden Sprachen anzubieten, sagt Borel. «Aber eine solche Aktualität ermöglicht es, das Thema wieder ins Licht zu rücken.»

Pauline Pauli, die vor sechs Jahren in den Stadtrat von Nidau und dieses Jahr in den Grossen Rat des Kantons Bern gewählt wurde, hat ihre Kampagnen stets mit dem Blick auf die französischsprachige Minderheit geführt. «Der Nidauer PRR wurde in den 90er-Jahren von meinem Stiefgrossvater (Willy Pau-



Die Grossrätin und künftige Nidauer Stadtratspräsidentin Pauline Pauli setzt sich für die französischsprachige Minderheit ein.

Bild: Raphael Schaefer/a

li, Anm. d. Red.) gegründet und war die einzige Partei, die sich für die Romands einsetzte», erinnert sich die künftige Stadtratspräsidentin.

Sie habe sich 2014 entschieden, politisch aktiv zu werden, als der PRR das Referendum für die Einschulung französischsprachiger Kinder ergriff. «Dank diesem können die kleinen Romannds weiterhin auf Kosten der Gemeinde Nidau die Schulen in Biel besuchen.»

Als Mutter von zwei Kindern will sich Pauli weiterhin für diese Sache einsetzen, sowohl auf kommunaler als auch auf kantonalen Ebene. Durch die Übernahme des Stadtratspräsidiums, in dem von den 30 Mitgliedern

nur zwei welsch sind, hofft Pauline Pauli, bei den französischsprachigen Menschen die Lust auf Politik zu wecken. Der Trend habe offenbar bereits begonnen: «Schon bei den letzten Gemeindewahlen haben alle Parteien mindestens einen Französischsprachigen oder eine Französischsprachige auf ihre Liste gesetzt.»

Überblick verlieren?

Der PRR wiederum hatte bereits Vertreter im Präsidium des Nidauer Stadtrats – Willy Pauli und Jean-Pierre Dutoit. Sie sprachen jedoch vor dem Parlament stets deutsch. Pauline Pauli bricht nun mit dieser Tradition. Besteht deshalb die Gefahr,

dass die Stadträte den Überblick über die Sitzungen verlieren? «Ich denke, dass dies für die meisten Stadträte kein Problem sein wird, zumal alle Dokumente weiterhin ausschliesslich auf Deutsch gedruckt werden», sagt Luzius Peter, Präsident der SP-Fraktion im Nidauer Parlament.

SVP-Fraktionspräsident Leander Gabathuler sieht das auch so: «Wie alle Präsidentinnen und Präsidenten vor ihr wurde auch Pauline Pauli in unserer letzten Sitzung einstimmig gewählt», stellt er fest. Das beweise, dass die Sprache im Parlament niemandem Probleme bereitet.

Die beiden Politiker begrüßen diese kleine Revolution, die ein positives Zeichen für die

französischsprachige Minderheit darstelle. «Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und in den Schulen sowohl deutsch- als auch französischsprachige Lehrkräfte einsetzen», argumentiert Luzius Peter. «Ich bin sicher, dass dies für die Kinder einen erheblichen Vorteil bedeuten würde.» Und Virginie Borel, die Direktorin des Forums für die Zweisprachigkeit, ergänzt, dass eine Entwicklung wie diejenige in Nidau auch in umgekehrter Konstellation wünschenswert sei: «Wir wollen die Territorialität der Sprachen durchbrechen. Das kann auch in Gemeinden mit französischsprachiger Mehrheit, in denen Deutschsprachige wohnen, erreicht werden.»

Flanierzone statt Schwerverkehr

In der zweitletzten Sitzung des Jahres hat sich der Bieler Stadtrat zum genossenschaftlichen Wohnungsbau bekannt. Umstrittener war die Vorlage zu verkehrsberuhigenden Massnahmen in Norden Biels.

Deborah Balmer

Die Verbindung vom Stadtzentrum bis ins Zentrum von Bözingen ist eine wichtige Verkehrsachse. Doch noch immer verkehren hier zu viele Lastwagen. Obwohl die Autobahnumfahrung im Osten der Stadt längst gebaut ist. Nun gehen die Diskussionen weiter: Denn jetzt sollen angenehmere Lebensbedingungen für die Einwohnerinnen und Einwohner geschaffen werden. Der Strassenraum soll für Fussgänger und Velofahrerinnen attraktiver werden.

Für die Strassenraumgestaltung Nordachse/Bubenberg-Strasse-Gutenberg-Strasse hat der Gemeinderat dem Stadtrat einen Verpflichtungskredit von 340 000 Franken beantragt. Für ihn ist klar: Bei verspäteter Um-

setzung dieser sogenannten verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) besteht die Gefahr, dass die Frist für die Beanspruchung der damit verbundenen Subventionen aus dem Agglomerationsprogramm verstreicht. Der Stadtrat hat das Traktandum gestern nach langer Diskussion mit 32 Ja- zu 16 Nein-Stimmen angenommen.

Stadtrat Urs Scheuss (Grüne) hatte im Namen der GPK dazu gesagt: «Es geht darum, ein Versprechen einzulösen. Der Verkehr wurde nach der Eröffnung sofort auf die Autobahn umgeleitet. Und es wurde immer in Aussicht gestellt, den Strassenraum umzugestalten. Hier geht es um die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs.»

Andreas Sutter von der FDP hingegen war überzeugt, dass

hier über eine sogenannte Planungsleiche abgestimmt wird. Etwas, das am Ende doch nicht realisiert wird.

Landabgabe im Baurecht

Dafür gab es von den Stadträtinnen und Stadträten viel Zuspruch: Indirekt für die Überbauung des nördlichen Teils des Gurzelenparkplatzes – den Bereich Blumenstrasse Nord, für die die Stadt einen Architekturwettbewerb lanciert hat und die Gewinner bereits feststehen. Gebaut werden sollen innovative und erschwingliche Genossenschaftswohnungen für Familien.

Gewonnen hat das Projekt «Tilleul à danser» der beiden Architekturbüros Arge Studio Burkhard und Lucas Michael Architektur zusammen mit dem ge-

meinnützigen Bauträger npg AG für nachhaltiges Bauen. In der Stadtratssitzung ging es nun konkret um die Einräumung des Baurechts für ein Grundstück von rund 3050 Quadratmetern im Bereich Blumenstrasse Nord zugunsten der npg AG. Laufzeit: 60 Jahre und einer Verlängerungsoption von zweimal 20 Jahren. Der Stadtrat hat dem mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Damit ist ein weiterer Schritt getan zur Weiterentwicklung des Areals Gurzelen mit dem Bereich Blumenstrasse und dem alten Stadion. Es zählt zu einem der prioritären Entwicklungsgebiete der Stadt Biel.

Auf Busspur folgt Veloweg

Ein Ja gab es vom Stadtrat auch für den Neubau des Rad- und Fussweges vom Boulevard des

Sports bis zur Autobahnunterführung – entlang einer gebauten Busroute. Gesprochen wurde ein Verpflichtungskredit von 800 000 Franken. Die noch bestehende Rad- und Fussgänger Verbindung verläuft ungünstig und zerschneidet eine wertvolle Industrieparcelle, die von der Stadt verkauft werden könnte. So die Meinung des Gemeinderats.

Baudirektorin Lena Frank (Grüne) erklärte, weshalb die Busspur bereits gebaut ist, der Veloweg aber erst zur Abstimmung kommt: «Wir sind immer bestrebt, Subventionen abholen zu können. Busspuren, die nur für Busse geführt werden, sind 100 Prozent subventioniert. Deshalb hat man das separat gemacht.» Die SVP hatte dieses Traktandum abgelehnt.

Bar Hasard: Prozess abgesagt

Biel Gestern hätte im Regionalgericht Berner Jura-Seeland der Prozess gegen den Betreiber der Bieler Café-Bar Hasard stattfinden sollen. Doch nun muss dafür ein neues Datum gefunden werden. Grund dafür ist, dass «eine Partei verhindert war», wie das Gericht auf Anfrage mitteilte. Wann der Prozess nachgeholt werde, sei im Moment noch unklar.

Dem «Hasard»-Geschäftsleiter wird vorgeworfen, gegen die Covid-19-Verordnung verstossen zu haben (das «Bieler Tagblatt» berichtete). Der Verstoß soll sich im September 2021 ereignet haben, während der Zeit, als in Restaurants eine Zertifikatspflicht galt. Diese Pflicht hielt man im «Hasard» für verfassungswidrig und machte das mit Aushängen auch bekannt. Nach einer Polizeikontrolle wurde die Café-Bar schliesslich vorübergehend geschlossen. Schon am Folgetag öffnete sie wieder – allerdings nur den Terrassen- und Take-Away-Betrieb. Im Vorfeld wollte sich der «Hasard»-Betreiber auf Anfrage nicht weiter zur bevorstehenden Verhandlung äussern. (mg)

Nachrichten

Neues Dialysezentrum in Bieler Klinik

Hirslanden Die Hirslanden Klinik Linde eröffnet im Mai 2023 ein eigenes Dialysezentrum auf dem Klinik Campus Biel. Damit soll der gestiegenen Nachfrage in diesem Bereich nachgekommen werden, wie die Klinik schreibt. Die acht Dialyseplätze sollen Menschen aus dem Raum Biel-Seeland-Berner Jura sowohl eine ambulante als auch stationäre Hämodialyse anbieten. Dabei seien Patientinnen und Patienten aller Versicherungsklassen willkommen, so die Mitteilung weiter. (luh)

Bieler Budget: Neues Datum steht

Abstimmung Nun steht fest, wann die nächste Volksabstimmung zum Budget 2023 der Stadt Biel stattfinden wird: nämlich am 7. Mai. Wie der Gemeinderat mitteilt, hat er dieses Datum nach der Konsultation mit den politischen Parteien und Fraktionen festgelegt. Dem Stadtrat wird die neue Version des Budgets an der Sitzung vom 22. und 23. März 2023 vorgelegt. (pam)

Kiesbranche darf nicht mehr mitbestimmen

Seeland An seiner Mitgliederversammlung in Grossaffoltern hat der Verein Region seeland. biel/bienne unter anderem eine Änderung des Reglements der Kommission für Abbau, Deponie und Transporte beschlossen. Die betreffende Branche ist zwar auch weiterhin im Leitungsgremium der Kommission vertreten, hat künftig aber kein Stimmrecht mehr und beteiligt sich auch nicht mehr an der Finanzierung der Geschäftsführung. Die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens hatte Kritik an der bisherigen Praxis der Kommission geübt. (bk/mt)